

# «Flüchtlinge sind nicht nur Opfer»

Der ehemalige Uno-Mitarbeiter Kilian Kleinschmidt fordert, Migranten in die Verantwortung zu nehmen

Als Krisenmanager brachte er Stabilität in das drittgrösste Flüchtlingslager der Welt an der syrisch-jordanischen Grenze. Von Kleinschmidts Erfahrungen könnte Europa heute viel lernen.

VIRGINIA NOLAN

Manchmal geht der Krieg aufs Neue los, wenn sie glauben, ihm gerade entkommen zu sein. Es sind Gefechte in den Auffangstationen und Asylheimen der gelobten Länder. Hier müssen die Geflohenen zwar keine Militärs oder Rebellen fürchten, aber ihresgleichen. Mit der steigenden Anzahl von Personen, die in Europa Asyl suchen, häufen sich Berichte über Gewalt in Flüchtlingsheimen. In Deutschland etwa kam es im Dezember in mehreren Unterkünften zu Ausschreitungen, zuletzt in Hamburg, wo die Polizei mit 34 Streifenwagen einrückte, um einen Streit aufzulösen. Das betroffene Lager, wo 600 Personen in einem ehemaligen Schulhaus leben, galt bis dahin als vorbildlich.

## Der Mensch als Massenobjekt

Dass dort, wo einander fremde Menschen auf engem Raum zusammenleben müssen, hohes Konfliktpotenzial besteht, erstaunt nicht. Doch es gibt einen, der Lösungen parat hat. Sein Ansatz ist ungewöhnlich – und erprobt in einem der härtesten Übungsfelder: Kilian Kleinschmidt war 25 Jahre lang für das



«Die Leute ziehen mit, wenn man ihnen ihre Autonomie zugesteht.»

Kilian Kleinschmidt  
Entwicklungshelfer

Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen UNHCR tätig. Berühmt wurde der Berliner als Leiter des weltweit drittgrössten Flüchtlingscamps, Zaatari in Jordanien, wo 80 000 geflohene Syrer leben.

Kleinschmidt weiss, dass der Mensch im Flüchtlingslager zum Massenobjekt wird. Das schüre Aggressionen. «Personen werden zur logistischen Angelegenheit: Fünf passen in ein Zelt, für jeden gibt es eine Pritsche und pro Tag 2100 Kilokalorien.» Solche Standards würden oft blind angewandt. Dann könne es schon passieren, dass trotz Kälte keine Decken ausgehändigt werden, weil sie gerade nicht auf der Verteilungsliste stehen. Ebenso problematisch, so Klein-



Syrische Flüchtlinge richten ihr Lager in Zaatari nach eigenen Bedürfnissen ein.

MUHAMMAD HAMED / REUTERS

schmidt, sei das Gemeinschaftsprinzip in den Lagern: «Nur weil sie das Schicksal als Flüchtling teilen, ist nicht davon auszugehen, dass sich einander wildfremde Menschen solidarisieren.» Vielmehr sei die Panik der Flüchtenden vergleichbar mit der Panik, die bei Feuer in einer Diskothek ausbreche: Da schaue jeder für sich. Wer alles verloren habe, müsse zuerst seine Rolle als Individuum wiedererlangen, damit er zu einer Gemeinschaft beitragen könne.

In Zaatari hatte es Kleinschmidt irgendwann aufgegeben, Einfluss darauf zu nehmen, wie die Zelte und Container aufgestellt werden. Man hatte versucht, sie nach Vorgaben der Ingenieure aufzuschlagen; für jede Einheit die gleiche Fläche, mit genauen Abständen zueinander. Doch kaum hatte der Kran die Container abgesetzt, verschoben sie die Lagerbewohner, bauten sie auseinander und nach eigenen Vorstellungen wieder zusammen. Sie montierten Gemeinschaftstoiletten ab, um sich eigene Nischen zu bauen, teilten das Gas aus der Gemeinschaftsküche unter sich auf, statt zusammen zu kochen. Aus den Laternen zapften sie Strom an und betrieben damit Handel. Gegenüber Kleinschmidt sagten sie, das sei kein Diebstahl, sondern Privatisierung. «Für uns Helfer war das nicht lustig», sagt

Kleinschmidt, «aber es brachte uns zu einer wichtigen Erkenntnis.»

## Es lebe der Unterschied

Lag im Mut zum Chaos womöglich die Formel für ein friedliches Miteinander? «Jeder wollte etwas, das nur ihm gehört und nicht auch noch dem Nachbarn. Uns geht es ja nicht anders.» Statt die Zuwiderhandlungen im Dienste der «Privatisierung» unterbinden zu wollen, versuchten Kleinschmidt und sein Team nun, sie in eine vernünftige Richtung zu lenken. Den «Stromklau» etwa organisierten sie so, dass es nicht zum Zusam-



150 Kilometer NZZ/cke. Rscannzz-tkUYr

menbruch des ganzen Stromnetzes kam. Die Bewohner gründeten eine Elektrizitätsgesellschaft, die von etwa 250 Elektrikern koordiniert wurde. Kleinschmidt akzeptierte, dass das Material im Lager zum Baukasten wurde. «Irgendwann sah jede Behausung anders aus, und aus demontierten Containern entstanden die ersten Supermärkte.» Als Kleinschmidt Zaatari Ende 2014 verliess, gab es im Lager 3000 Geschäfte, die zusammen 10 Millionen Euro Umsatz machten.

Es lebe der Unterschied – dieses Credo bescherte der Wüstenstadt neue Stabilität. In seiner Funktion als Krisenmanager wagte Kleinschmidt einen Paradigmenwechsel: Die Flüchtlinge sollten nicht alles geschenkt bekommen, sondern zahlen für das, was sie nutzten. «Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen und dafür zu bezahlen, gehört zur Menschenwürde dazu», findet er. Die Helfer hörten also auf, Lebensmittel zu verteilen, stattdessen zahlten die Leute mit Plasticgeldkarten im Supermarkt.

Zudem wollte Kleinschmidt jeden Haushalt mit eigenem Wasser- und Stromanschluss ausstatten, Wasseruhren und Stromzähler anbringen. Jeder sollte seinen persönlichen Verbrauch berappen. Dass es dazu nie gekommen ist, ärgert ihn noch heute: Es habe nicht nur das Geld für die Installation, son-

dern auch die Einsicht der Hilfsorganisationen gefehlt. Letzteren wirft Kleinschmidt vor, Flüchtlinge als unmündig zu betrachten. «Das ist in der humanitären Hilfe eine weitverbreitete Haltung, auch wenn sie nicht immer offen geäußert wird», sagt er. «Man will sogenannte arme Menschen nicht zur Verantwortung ziehen.» Flüchtlinge so schnell wie möglich in bestehende Wirtschaftssysteme einzubinden, entspreche nicht dem Ansatz von Hilfsorganisationen.

Freilich auch nicht dem von Regierungen. Gastländer befürchten, dass Flüchtlinge bleiben, wenn sie ihnen zu viele Möglichkeiten bieten. Kleinschmidt, der heute die österreichische Regierung in Flüchtlingsfragen berät, weiss um diese Angst, findet aber, dass sie zu kurz greift. «Wer nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird, sondern Geld erwirtschaftet, wird eher in sein Gastland investieren können», argumentiert er. Und nicht nur das: Ein erfolgreicher Migrant bewirke mehr als jede Entwicklungshilfe, denn er unterstütze in der Regel die zu Hause Gebliebenen. Auf diese Weise flossen weltweit jährlich 500 Milliarden Dollar in Krisengebiete – mehr als alle internationalen Hilfsgelder zusammen. «Wir sollten Flüchtlinge nicht als Belastung sehen, sondern sie als Ressource begreifen», fordert Kleinschmidt. «Und aufhören zu denken, dass sie alle nur Opfer sind.»

## «Gute Typen und Idioten»

Flüchtlinge sind Menschen und repräsentieren, wie jede grössere Gruppe, einen Querschnitt durch die Gesellschaft. Kleinschmidt: «Da sind gute Typen dabei und auch Idioten.» Den Krisenhelfer ärgert, wie unsachlich die Diskussion in Europa zuweilen geführt wird, wo die einen Ängste schürten und die anderen alle Ankommenden verherrlichten. Kleinschmidt fordert stattdessen, Flüchtlinge in die Verantwortung zu nehmen, im Guten wie im Schlechten: «Das heisst, dass einer arbeiten können soll, um für sich zu sorgen, aber auch, dass er ins Loch wandert, wenn er sich kriminell verhält und soziales Zusammenleben nicht akzeptiert.»

Wenn Europa etwas von Zaatari lernen könne, dann die Einsicht, dass Menschen auf der Flucht zwar vieles verloren hätten, nicht aber den Willen, für sich selbst verantwortlich zu sein. Das, findet Kleinschmidt, solle sich Europa zunutze machen. «Die Leute ziehen mit, wenn man ihnen ihre Autonomie zugesteht», weiss er. «Darum brauchen wir Konzepte, die Flüchtlingen nicht restlos alles vorgeben, sondern ihnen ermöglichen, selbst eine Wahl zu treffen. Das würde in aller Konsequenz auch bedeuten, sie am Arbeitsmarkt teilhaben zu lassen.»

# Verlängerung des Ausnahmezustands in Frankreich

Neue Drohungen der Terrormiliz Islamischer Staat mit den Attentätern von Paris

Die Gefahr islamistischer Terroranschläge ist laut der französischen Regierung weiterhin sehr gross. Trotzdem wächst die Kritik an der geplanten Erstreckung des Ausnahmezustands.

NIKOS TZERMAS, PARIS

Der französische Präsident François Hollande hat am Montag während seiner dreitägigen Reise in Indien erklärt, dass sich sein Land durch keinerlei Drohungen einschüchtern und beirren lasse. Der Staatschef reagierte auf ein grausames Video, das die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) am Sonntag ins Netz gestellt hatte und das neun der zehn mutmasslichen Mitglieder des Kommandos zeigt, das am 13. November 2015 in Paris gleichzeitig mehrere Attentate verübte

und 130 Menschen ermordet hatte. Der 17-minütige Propagandafilm droht auch mit weiteren Anschlägen auf Frankreich und Grossbritannien sowie deren Staats- und Regierungschefs.

Dass die Gefahr neuer islamistischer Terroranschläge in Europa und besonders in Frankreich enorm geblieben sei, unterstrich am Montag auch etwa der Direktor der Europäischen Polizeibehörde (Europol), Rob Wainwright, unter Hinweis auf einen von seiner Institution verfassten Bericht darüber. Wainwright äusserte sich am Rande eines Treffens der EU-Innenminister anlässlich der Betriebsaufnahme des neuen Europol-Anti-Terror-Zentrums in Amsterdam.

## Ausnahme ohne Ende?

Das neue IS-Video zeigt zur Unterstreichung der Drohungen Szenen, bei denen sieben der Attentäter von Paris in einem Steppengebiet Gefangene ent-

haupten oder erschossen. Alle der im Video gezeigten Terroristen waren bei den Anschlägen in Paris umgekommen, weil sie sich entweder in die Luft sprengten oder von der Polizei getötet wurden. Der weiterhin flüchtige Salah Abdeslam bleibt im undatierten Video unerwähnt. Der Film scheint zu belegen, dass die Attentäter vom IS aus Syrien entsandt wurden.

Wegen der unvermindert hohen Terrorgefahr will die französische Regierung an der Kabinettsitzung vom kommenden Mittwoch zuhause des Parlaments einen Gesetzesentwurf zur Verlängerung des Ausnahmezustands um drei Monate verabschieden, wie vom Elysée am letzten Freitag angekündigt worden war. Der gegenwärtige Ausnahmezustand läuft am 26. Februar ab.

Innenminister Bernard Cazeneuve erklärte am Montag, dass der Ausnahmezustand immer noch nötig sei, doch aussergewöhnlich bleiben müsse.

Damit versuchte er, Kritiker zu beschwichtigen, die eine gravierende Untergrabung des Rechtsstaates befürchten und sich darüber entrüsteten, dass Premierminister Manuel Valls in einem Interview der BBC erklärt hatte, dass der Ausnahmezustand bis zur Besiegung des IS nötig sein werde. Innenminister Cazeneuve sagte nun, dass Valls missverstanden worden sei.

## Dürftige Erfolgsbilanz

Laut Meinungsumfragen befürwortet weiterhin eine grosse Mehrheit der Bevölkerung eine Verlängerung des Ausnahmezustands. Allerdings scheinen sich die kritischen Stimmen zu mehren. Der Anwaltsverband wie auch die Menschenrechtsliga haben sich entschieden gegen eine Verlängerung des Ausnahmezustands ausgesprochen, welche die republikanischen Grundsätze verletze. Die Menschenrechtsliga hatte kürzlich

auch eine Beschwerde beim Staatsrat eingereicht, der diese an das Verfassungsgericht weitergeleitet hat.

Zunehmend wird nicht nur von linksliberalen, sondern auch von bürgerlich-konservativen Medien Kritik laut, wonach der Ausnahmezustand politisch motiviert sei und mehr der Versicherung der Bürger als deren effektiver Sicherheit diene. In der eher rechtsstehenden Internetzeitung «Atlantico» bezeichnete der Kriminologie-Professor Xavier Raufer den Ausnahmezustand als Bluff.

Dass die Erfolgsbilanz der bisherigen Hausdurchsuchungen und Festnahmen mager ist, legen auch von «Le Monde» zusammengetragene Zahlen nahe. Die bisher über 3000 Razzien, bei denen zum Teil Übergriffe und peinliche Irrtümer der Polizei registriert wurden, führten bis anhin nur zu einem Ermittlungsverfahren und drei vorläufigen Untersuchungen wegen möglicher terroristischer Machenschaften.